

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Mittwoch, 15. Dezember 1971

Blatt 3672

Maßvolle Bodenankaufspolitik: Grundpreise im Leben stabil  
=====

## 6. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 15.12. (RK) Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten.

Referent: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ).

Einnahmen: 264,001.400 S, Ausgaben: 812,298.800 S.

Die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Hand zwingt in höherem Maße nicht nur zu vermehrtem Grunderwerb, sondern auch zu vermehrter Umverteilung von Grund und Boden in Form von Weitergaben von Nutzungs- oder Eigentumsrechten. Dies komme auch im Budgetansatz für die Geschäftsgruppe Liegenschaftswesen durch die wachsenden Einnahmen aus Grundtausch und Grundverkauf deutlich zum Ausdruck, erklärte Stadtrat Dkfm. Hintschig in seinem Referat. Konkret: Die Ausgaben des Liegenschaftsressorts erhöhen sich gegenüber 1971 um 15 Prozent, die Einnahmen sogar um 88 Prozent.

Die jahrelange, zielbewußte Bodenpolitik der Stadtverwaltung, die keinesfalls auf das Erzielen von Gewinnen abgestellt sei, beginne vor allem dadurch Früchte zu tragen, weil es in zunehmendem Maße in der nächsten Zukunft möglich sein werde, entsprechend den von der Planung beabsichtigten Stadtentwicklungskonzepten für den Wohnbau, aber auch für neu anzusiedelnde oder umzusiedelnde Unternehmen günstige, meist voll aufgeschlossene Grundstücke anzubieten.

Die Bodenpolitik der Stadt Wien ziele nicht darauf ab, Grundbesitz anzuhäufen, Hauptziel sei es, das von den Steuerzahlern Wiens erarbeitete Geld dafür einzusetzen, eine gesunde und den Anforderungen von Gegenwart und Zukunft entsprechende Gesamtentwicklung gewährleisten zu können. Diese Anforderungen werden gerade in einer Zeit des Wirtschaftswachstums und des steigenden Wohlstandes immer größer. Grund und Boden ist an sich nicht vermehrbar. Besser ausgebildete Kräfte brauchen besser aus- ./.

gestattete Ausbildungsstätten - und daher mehr Raum. Für Schulen und Hochschulen müssen immer mehr Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Auch vollmechanisierte Fabriken, hochentwickelte Großhandelsfirmen und moderne Verwaltungen brauchen mehr Raum. Nicht zu vergessen die steigenden Ansprüche der Bevölkerung selbst, die ein Recht darauf hat, für Wohnung und Freizeit mehr Platz beanspruchen zu können. Die Stadt Wien versucht seit Jahren - und setzt diese Politik konsequent fort - durch Flächenwidmung und Aufschließung das hochwertige Bauland zu vermehren.

Die großen Leistungen aller Steuerzahler bei der Aufschließung von Grundstücken, beim Aus- und Neubau der technischen und sozialen Infrastruktur der Stadt Wien kämen jedoch in vielen Fällen den einzelnen Grundbesitzern zugute, denen ohne eigenes Zutun hohe Gewinne in den Schoß fielen.

Es gebe Anlaß, diese Probleme neu zu überdenken, meinte Stadtrat Hintschig. Beispiele: In Zürich wird beispielsweise geprüft, inwieweit Nutznießer des bevorstehenden U-Bahn-Baues zur Mitfinanzierung der U-Bahn auf dem Abgabewege gezwungen werden können. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine Diskussion über die Abschöpfung von Planungsgewinnen im Gang.

Das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, dessen Entwurf in diesem Jahr zur Begutachtung versendet wurde, diene fast ausschließlich der Sicherung des Eigenheim- und Wohnungsbaues. Stadtrat Hintschig deponierte sein Bedauern, daß entsprechende Regelungen und Möglichkeiten etwa zugunsten des Baues von Schulen und Krankenhäusern nicht vorgesehen sind, obwohl auch für diese Bauten immer schwerer geeignete Grundstücke gefunden werden können.

In der Stellungnahme zu diesem Gesetz machte das Amt der Wiener Landesregierung die Anregung, bei Enteignungsverfahren einen Modus zu finden, der bei aller Rücksicht auf die Rechtsinteressen und Eigentumsrechte Betroffener unnötige Verzögerungen vermeidet. Leider sei aus dem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz - soweit man aus dem Entwurf ersehen könne - kein umfassendes Städtebauförderungsgesetz geworden. Nach Meinung von Stadtrat Hintschig fehlten in diesem Gesetzentwurf, - abgesehen von der Beschränkung der leichter möglichen Bodenbeschaffung nur für Wohnbauzwecke - flankierende Maßnahmen zur Förderung von Assanierungsvorhaben. Daher die Anregung:

Ermächtigung der Landesregierungen, bei einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 einen bestimmten Anteil der verfügbaren Förderungsmittel zur Abstützung von nachweisbar unrentablen und aus sozialen Gründen auftretenden Kosten zu verwenden.

Im kommenden Jahr wird die Stadt Wien nahezu 400 Millionen Schilling für Grunderwerbungen und -freimachungen ausgeben. 300 Millionen Schilling entfallen auf Grundankauf und Grundtausch, 95 Millionen Schilling für die Freimachung von Grundstücken.

Aus Grundverkäufen und Grundtäuschen werden im kommenden Jahr 120 Millionen Schilling Einnahmen erwartet. Diese - im Vergleich zu den letzten Jahren - exorbitant hohe Einnahmensumme lege Zeugnis ab von der wichtigen Umverteilungsrolle, die die Stadtverwaltung übernommen hat.

Ein kurzer Überblick über die Grundtransaktionen des Jahres 1971: Der Gemeinderat genehmigte bis Mitte November dieses Jahres Grunderwerbungen von insgesamt rund 1,3 Millionen Quadratmeter. Dafür wurden 405,7 Millionen Schilling ausgegeben. Gegenüber 1970 seien sowohl die Größe der innerhalb Wiens gekauften Grundstücke als auch die Preise ungefähr gleich geblieben. Gerade die Stabilität der Preise lege Zeugnis ab von der zielbewußten und maßvollen Bodenankaufspolitik der Wiener Stadtverwaltung. Wien, seine Bevölkerung und die Wirtschaft, sei von Bodenspekulationsexzessen bewahrt geblieben. Dadurch habe man sich schwerste Probleme erspart, die man in zahlreichen westeuropäischen Großstädten bereits beobachten kann.

Bei den Grundverkäufen lag der Schwerpunkt bei der Vergabe von Industriegrundstücken. Insgesamt wurden 1971 bis Mitte November 96 Millionen Schilling aus Grundverkäufen eingenommen.

Bei den Grundtransaktionen zwischen der Stadt Wien und der Republik Österreich sei im ablaufenden Jahr ein großer Fortschritt erzielt worden. Nach langen Schwierigkeiten konnten nun die Modalitäten wesentlich vereinfacht und umfangreiche Verträge abgeschlossen werden. Der Abschluß weiterer bedeutender Verträge steht bevor, zum Beispiel die Aufteilung der durch den Bau des totalen Hochwasserschutzes entstehenden Donauinsel. Auch die

Verhandlungen über die bessere Nutzung von wertvollem Grund, auf dem zur Zeit Kasernen stehen, werden im kommenden Jahr intensiv weitergeführt.

Die Bestellung neuer Baurechte wurde 1971 fortgesetzt. Allein in Stadtrandsiedlungen wurden fast 117.000 Quadratmeter Pachtgründe in Baugründe umgewandelt. Anfang November dieses Jahres hatte die Stadt Wien fast 4,6 Millionen Quadratmeter Grund im Bau-recht vergeben. Ungefähr 1,2 Millionen Quadratmeter waren zu diesem Zeitpunkt vor allem für Häuser am Stadtrand verpachtet. Für Kleingärten wurden bis November dieses Jahres 123.000 Quadratmeter Grundfläche neu geschaffen. Dies sind jedoch Vorleistungen zum Ausgleich von Verlusten an bestehenden Kleingartenflächen, die durch Absiedlungen entstehen. Ausmaß: rund 100.000 Quadratmeter. Am 31. Oktober 1971 hatte die Wiener Stadtverwaltung rund 6,03 Millionen Quadratmeter Kleingartengrund verpachtet.

Das gesamte Grundeigentum der Stadt Wien betrug am 31. Oktober 14.530 Hektar innerhalb Wiens, 32.172 Hektar außerhalb Wiens. Miteigentum: 1.250 Hektar innerhalb, 340 Hektar außerhalb Wiens.

Für die Feuerwehr werden im kommenden Jahr 229 Millionen zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte im kommenden Jahr: Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung in der Zentrale, Fortsetzung der Arbeiten für den Neubau der Feuerwache Landstraße und des Erneuerungsprogrammes für den Fuhrpark. Der Feuerwehrfunk wird voraussichtlich im kommenden Jahr voll ausgebaut werden können.

Für die Bundespolizei wird die Stadt Wien im kommenden Jahr einen Beitrag von 128 Millionen Schilling (1971: 130 Millionen) leisten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

2,5 Milliarden Schilling für Wohnbauförderung!6. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 15. 12. (RK) Verwaltungsgruppe XI, Wohnungswesen.

Referent Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ).

Einnahmen: 2.377,8 Millionen Schilling, Ausgaben:

3.083,7 Millionen Schilling.

Stadtrat Suttner stellt in seiner Budgetrede einleitend fest, daß die Ansätze der Gruppe XI gegenüber 1971 auf der Einnahmenseite eine Steigerung von 13 Prozent und auf der Ausgabenseite von 11,5 Prozent vorsehen.

Die Ansätze der städtischen Wäschereien sind mit 43,1 Millionen Einnahmen und 44,5 Millionen Ausgaben nahezu gleich geblieben. Bei den Wohnhauswäschereien stehen 11,9 Millionen Ausgaben voraussichtliche Einnahmen von 6 Millionen gegenüber. Bei den Amtshäusern werden die Ausgaben mit 20,8 Millionen und die Einnahmen mit 9 Millionen veranschlagt, bei den Treuhandhäusern sind bei Einnahmen und Ausgaben je 7,5 Millionen veranschlagt.

Bei den städtischen Wäschereien ist die Gebarung nahezu ausgeglichen. Die moderne Anlage der Zentralwäscherei wäre jedoch in der Lage, zusätzliche Wäschemengen aufzunehmen und dadurch den Gebarungserfolg weiter zu verbessern.

Bei den Wohnhauswäschereien wird lediglich eine Kostendeckung von 50,6 Prozent erreicht werden können. Es wurde daher ein umfangreiches Konzept für den Umbau der bestehenden Zentralwaschküchen in moderne, vollautomatische Einzelwaschkabinen ausgearbeitet.

Bei den städtischen Wohnhäusern ist eine Einnahmensteigerung von 68,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag 1971 auf den Zugang von 21 neuen Wohnhausanlagen mit insgesamt 4.081 Wohnungen und 185 Geschäftslokalen zurückzuführen. Aus Alt-Stifungs- und Anteilhäusern, die von der Stadt Wien 1971 erworben wurden, kommen außerdem noch 653 Wohnungen und 136 Geschäftsräume hinzu. Unter Berücksichtigung des Abganges von 699 Wohnungen und 116 Geschäftsräumen durch Abbruch, betrug die Gesamtzahl der von der Magistratsabteilung 52 verwalteten Mietobjekte Ende November 1971

183.158 Wohnungen und 9.816 Geschäftslokale. Die neu hinzugekommenen Mietobjekte sind zu 90 Prozent mit Zentralheizung ausgestattet, sodaß die Gesamtzahl der zentralbeheizten städtischen Mietobjekte 28.524 beträgt. 66,4 Prozent aller Gemeindewohnungen waren mit Stichtag 30. November 1971 mit Badeeinrichtungen ausgestattet und insgesamt stehen 1.885 Aufzüge - 171 wurden im Berichtsjahr gebaut - den städtischen Mietern zur Verfügung. Die Zahl der maschinellen Kleinwaschküchen erhöhte sich um 108 auf insgesamt 3.742.

An Mietzinseinnahmen aus den städtischen Wohnhäusern rechnet man mit insgesamt 739,4 Millionen, davon entfallen 365,5 Millionen auf Betriebskosten und Grundsteuer sowie 16,8 Millionen auf den Kapitaldienst für Darlehen. Die **reine** Betriebskostenabrechnung läßt 1972 einen vorläufigen Abgang von 12,8 Millionen erwarten.

Für Erhaltung und Erneuerung in den städtischen Wohnhausanlagen wurden 1972 insgesamt 298,6 Millionen aufgewendet.

Die größte Budgetpost des XI. Hauptstückes, die Wohnbauförderung: Hier sind Einnahmen von 1.461,5 Millionen (Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, Einnahmen aus bereits gewährten Darlehen und Zinsenertrag aus den Rücklagen) und Ausgaben von 2.040,2 Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand der Rücklagen wird mit Jahresende rund zwei Milliarden ausmachen, weil die zugesicherten Darlehen im Laufe einer durchschnittlich zwei- bis dreijährigen Baudauer, je nach Baufortschritt, zugezählt werden und die durch die Zusicherung gebundenen Gelder eben der Rücklage zuzuführen sind. Durch die Gründung des Wohnbauförderungszuschußfonds ist eine stärkere Inanspruchnahme der Wohnbauförderung 1968 zu erwarten, so daß künftighin Vorgriffe getätigt werden müssen. Dadurch wird es im kommenden Jahr voraussichtlich zu keinem weiteren Steigen der Rücklagen kommen.

Für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 sind 1.570,7 Millionen vorgesehen. In diesem Betrag ist auch der Anteil des Landes Wien in der Höhe von 165 Millionen enthalten. Ferner sind noch weitere Förderungsbeträge für den Wohnungsbau in der Höhe von 370 Millionen, und zwar 220 Millionen ./.

für bereits zugesicherte Darlehen nach dem Wiener Wohnbaufonds, 10 Millionen für noch zu zählende Zusatzdarlehen zum Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds und 140,3 Millionen für die neue Wiener Wohnbauaktion 1958, 1964 und 1969 vorgesehen.

Für zinsenlose Eigenmittelkredite scheinen 38 Millionen im Budget auf.

Die Stadt Wien hat somit für das Jahr 1972 ohne jene 578 Millionen, die bei der Geschäftsgruppe VII budgetiert sind, rund 2 Milliarden für Wohnbauförderungen vorgesehen. Insgesamt wird Wien also 1972 für den Wohnhausbau mehr als 2,5 Milliarden Schilling aufwenden, eine Leistung, die gebührende Beachtung verdiene. Wien steht damit nicht nur ziffernmäßig an der Spitze aller österreichischen Bundesländer, sondern auch hinsichtlich der Pro-Kopf-Aufwendungen. Die jüngsten Maßnahmen des Wohnbauförderungszuschußfonds werden dazu beitragen, daß Wien weiterhin sein günstiges Mietenniveau beibehalten kann. Die Wiener Bevölkerung wird dadurch in die Lage versetzt, leichter ihren Wohnungsstandard zu verbessern. Schließlich nützen die schönsten Wohnungen nichts, wenn sie für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich sind.

Eine günstige Entwicklung zeigt sich auf dem Sektor der Wohnungsvergabe. Die Zahl der Vormerkungen ist weiter gesunken und betrug Ende November 15.903. Von den Vorgemerkten haben nur 1.676 eine längere Vormerkzeit als drei Jahre. In den meisten Fällen wurden ihnen auch schon Wohnungen angeboten, die sie jedoch ablehnten.

Die Anregung nach bargeldloser Mietzinszahlung wird derzeit geprüft und die Magistratsabteilung 52 ist gemeinsam mit der Buchhaltungsabteilung und dem Büro für Organisation und automatische Datenverarbeitung mit der Ausarbeitung eines Programmes auf EDV-Umstellung beschäftigt. Die Umstellungsarbeiten werden jedoch voraussichtlich ein Jahr in Anspruch nehmen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

wien:

seit 1925 schwimmunterricht fuer 500.000 schueler

4 wien, 15.12. (rk) fast jedes zweite neunjaehrige wiener kind kann schon schwimmen. die anderen lernen in der schule, sich im wasser zu tummeln: dies geht aus einer bilanz des stadtschulrats fuer wien hervor, die anlaesslich eines besonderen jubilaeums erstellt wurde.

seit 1925 naemlich, also seit der grossen schulreform, die in aller welt nachahmer fand, haben bis ende 1971 insgesamt 500.000 wiener schueler am schul-schwimmunterricht teilgenommen. diesen unterricht erhalten die schueler der 4. volksschulklassen durch insgesamt 13 schwimmlehrer in den vier wiener hallenbaedern. der moderne schwimmunterricht der gloeckelschen schulreform geht auf kurt wiessner zurueck.

doch selbst in unserem wasserfreudigen zeitalter - mit dem urlaub am meer oder an grossen seen - ist offenbar die kenntnis des schwimmens weniger weit verbreitet, als man denkt: von den 13.800 schuelern, die im vorigen schuljahr schwimmunterricht erhielten, waren nicht weniger als 45 prozent anfaenger. rund zwei drittel von ihnen haben das schwimmen ''richtig'' erlernt. die anderen haben den kurs als ''gleiter'' abgeschlossen, das bedeutet, dass sie sich immerhin ueber wasser halten koennen.

0940

reindlgasse wieder frei

3 wien, 15.12. (rk) nach durchfuehrung von belagsarbeiten steht die reindlgasse zwischen huetteldorfer strasse und linzer strasse ab donnerstag wieder dem verkehr zur verfuegung.

0938



(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Liegenschaftsdebatte  
=====

Wien, 15.12. (RK) Als erster Debattenredner erklärte GR. Müller (DFP), daß seine Fraktion sich nicht in der Lage sehe, den Ansätzen des X. Hauptstücks zuzustimmen.

Die DFP-Kritik setzte unter anderem an den Ausgaben des Präsidialbüros für Repräsentation an. Dazu wurde ein Antrag gestellt, die Post um zehn Millionen Schilling zu kürzen. Im übrigen verlangte Müller Einsicht in die Abrechnungen.

Für den PID verlangte der DFP-Redner weitere Rationalisierungsmaßnahmen, den Personalstand hält er noch immer für zu hoch. Mit gleichem Aufwand könnten seiner Ansicht nach sachliche Werbespots über die Aktivitäten der Stadtverwaltung informieren.

In Sicherheitsfragen sollte aufgrund des Beitrags zur Bundespolizei der Stadtverwaltung ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden.

Der Ruf nach einem neuen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz hat sich, wie GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag feststellte, wie ein roter Faden durch die Debatte gezogen. Die Redner der Sozialistischen Partei vertreten anscheinend die Ansicht, daß derartige Gesetze ein Patentrezept für die Lösung der Probleme unserer Stadt seien. Er habe jedoch den Entwurf in seinem jetzigen Wortlaut studiert und könnte diese Ansicht nicht teilen. Außerdem seien die wichtigsten Flächen im verbauten Gebiet, also jene, die für die Stadterneuerung interessant sind, im Besitz der öffentlichen Hand. Gerade bei Grundverhandlungen mit dem Bund, vor allem mit der Bundesbahn, ergaben sich aber bisher die größten Schwierigkeiten. Beispiele dafür seien das Problem Nordbahnhof und Franz Josefs-Bahnhof. So müßte der Franz Josefs-Bahnhof in Heiligenstadt am Endpunkt der U 4 errichtet und die künftigen S-Bahn-Züge direkt zum Bahnhof Praterstern weitergeführt werden. Dasselbe gelte für Rennweg-, Roßauer- und die Stiftskaserne. Es darf bei Assanierungen nicht zwei Klassen von Grundeigentümern geben, ./.

denn dann würde die Stadterneuerung weiterhin nur ein Torso bleiben. Die Höhe der Entschädigungssumme müßte von einem unabhängigen Gericht festgesetzt werden.

Zur Bodenbeschaffung: Die Stadt Wien hat bisher große Beträge für Grundankäufe ausgegeben. Stadtrat Hofmann habe bereits in seinem Budgetreferat darauf hingewiesen, daß wir ausreichend Baulandreserve haben und Beispiele hiefür zitiert. Was in Wien jedoch notwendig wäre, sei eine ausreichende Grundaufschließung und das wäre Aufgabe der Stadt Wien. GR. Windisch habe bereits angeregt, den Genossenschaften, die bereits Schwierigkeiten mit der Grundbeschaffung haben, dieses aufgeschlossene Bauland für ihre Bauzwecke zur Verfügung zu stellen. Der Ansicht schließe er sich an. Die gemischte Bauherrschaft würde sich günstig auswirken und auch eine Uniformierung des Stadtbildes vermeiden. Diesen Weg hätten viele ausländische Städte bereits mit den besten Erfolgen beschritten.

Als unsozial bezeichnet es der Redner, daß vor Jahrzehnten abgeschlossene Pachtverträge nun in Baurechtsverträge umgewandelt und die Bewohner der Objekte dadurch mit hohen Pachtzinsen belastet werden.

Der Redner bezeichnete den PID als überdimensioniert. Beim seinerzeitigen Aufbau in dieser Form habe man ihn anscheinend als Gegenstück der Wiener Sozialisten zum damaligen Staatssekretariat Pisa geschaffen. Einem Gesundschrupfen stünde nun also nichts mehr im Wege. Der Dienstpostenplan deute eine solche Entwicklung an, die Sachausgaben mit 20,8 Millionen seien jedoch ungerechtfertigt hoch. Dazu kommen nun noch zwei Millionen für einen Vertrag mit der Austria-Wochenschau. Angesichts der Kinokrise und der Tatsache, daß viele Kinos keine Wochenschau bringen, keine sinnvolle Aufwendung. Überdies sollten diese zwei Millionen aus den bedeutenden Ansätzen des PID und nicht aus dem Kulturbudget dieser Stadt gedeckt werden, das ohnedies nicht in der Lage sei, die wichtigsten kulturellen Aufgaben zu finanzieren.

Seine Fraktion könne den Ansätzen nicht zustimmen.

./.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) sprach über ein "gewisses Unbehagen" im Zusammenhang mit der Budgetdebatte. Man hat den Eindruck, als würde an zu wenigen Tagen zu viel geredet. Man könnte zum Beispiel am Jahresende nur die Schwerpunkte des Budgets beraten und dann monatlich eine Geschäftsgruppe ausführlich behandeln. Oft sei auch der Stadtrat, der als Berichterstatter fungiert, für die eine oder andere Frage nicht der wirklich Zuständige, weil er die betreffende Post nur zufällig in seinem Budget hat, wie etwa Stadtrat Hintschig den Presse- und Informationsdienst.

Das Unbehagen betrifft auch die Berichterstattung über die Budgetdebatte in der Presse und besonders im ORF. Hier wird über ein Budget verhandelt, das mehr als 20 Milliarden Schilling ausmacht. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, etwas darüber zu erfahren. Auch die Meldung über etwas Positives hat einen Nachrichtenwert. Dr. Glatzl richtete an Stadtrat Hintschig die Frage, ob er bereit sei, über das Wiener Aufsichtsratsmitglied im ORF zu erwirken, daß breiter und objektiver über Wien informiert wird.

Der Presse- und Informationsdienst hat 47 Mitarbeiter, darunter elf Redakteure. Sie alle erreichen nicht, daß über die Budgetdebatte ausreichend informiert wird. Der Papierverbrauch ist kein Kriterium für die Leistung des PID. Offenbar müßte man seine Tätigkeit der geänderten Struktur des Pressewesens anpassen.

Die Werbung für diese Stadt muß jeder Vernünftige für notwendig halten, stellte Dr. Glatzl fest. Die ÖVP hat parteipolitische Propaganda mit Steuergeldern immer abgelehnt, bekennt sich aber zur Werbung für Wien. Dr. Glatzl lobte besonders die Wiener Auslandsausstellungen und die Entwicklung bei den Plakaten. Bei der Inseratenvergabe erweist sich das Gießkannensystem als ungünstig. "Wien im Spiegel" ist wunderschön, aber der gleiche Zweck, eine Übersicht über die Wien betreffenden Veröffentlichungen in der Auslandspresse, könnte billiger erreicht werden.

Die Werbeausgaben sind über verschiedene Geschäftsgruppen verteilt, mehr Übersicht wäre notwendig. Der Hauptanteil ist in

der Geschäftsgruppe X - aber kann der zuständige Stadtrat dem PID eine Weisung geben? Er kann es nicht. Das kann nur der Bürgermeister über den Magistratsdirektor. Deshalb sollte auch der Bürgermeister dazu Stellung nehmen.

Bei der Feuerwehr sei seit Jahren eine Schwergewichtsverlagerung zu bemerken: Immer mehr stehe die Hilfe bei technischen Unfällen und Katastrophen im Vordergrund, meinte GR. Friederike Seidl (SPÖ). Gerade diese Schwergewichtsverlagerung koste wegen der Anschaffung moderner, teurer Geräte sehr viel Geld. Sie sei daher froh, daß im kommenden Jahr die Mittel für die Feuerwehr neuerlich erhöht werden und insgesamt 228 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Die vielen Großbaustellen in Wien bringen weitere Gefahren mit sich. Es sei daher zu begrüßen, daß im kommenden Jahr Spezialgeräte für die Bekämpfung von Katastrophen, die beim Bau der U-Bahn entstehen könnten, angeschafft werden.

Ein Katastrophenfunk sei für die Wiener Feuerwehr dringend erforderlich. Zur Zeit sei eine echte Koordination der Maßnahmen wegen der nur mangelhaft vorhandenen Möglichkeit, alle zuständigen Stellen so schnell wie möglich zu erreichen und zu informieren, kaum möglich. Ein Katastrophenfunknetz sei auch im Hinblick auf den umfassenden Zivilschutz dringend erforderlich.

Sie freue sich, daß nun durch ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in Kürze die Möglichkeit geschaffen wird, Wohnhäuser und Wohnviertel, in denen die Wohnverhältnisse unerträglich geworden sind, zu sanieren. Sie wundere sich, meinte Friederike Seidl, daß die ÖVP bisher dagegen war, diese Gründerzeitviertel bewohnbar zu machen, umso mehr als die ÖVP gerade in jenen Bezirken, in denen die Situation am prekärsten ist, auf Bezirksebene die Mehrheit hat. Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP: Wir sind doch auch dafür Seidl: Ihre Vertreter im Parlament können das in Kürze beweisen.

Für die ÖVP erklärte GR. Dr. Habl grundsätzlich die Zustimmung zu den Ansätzen des 10. Hauptstücks.

Angesicht der Tatsache, daß es in wenigen Tagen genau 50. Jahre sind, da Wien selbständiges Bundesland wurde, befaßte sich der Redner ausführlich mit der von seiner Partei schon wiederholt urgierten Novellierung der Wiener Verfassung. Zwar sei jener Teil, der Wien als Stadt ~~behandle~~, bereits novelliert, die Modernisierung des Teiles, der Wien als Bundesland behandelt, stehe jedoch noch aus. Die Novellierung der Verfassung müsse vor allem in Richtung einer weiteren Demokratisierung gehen. Mehr Mitspracherecht der Bevölkerung - hier zitierte der Redner das Beispiel Graz, das eine Volksbefragung über die Renovierung des Rathauses durchführte - und die Einführung einer Fragestunde im Gemeinderat, seien Wege dazu. Als problematisch bezeichnete Dr. Habl die häufigen Paragraph 98-Entscheidungen des Stadtsenats. Auch eine Modernisierung der Geschäftsordnungen forderte der Redner.

Bei den Grundtransaktionen bemängelte Dr. Habl die Diskrepanz zwischen Ansatz und tatsächlichen Ausgaben im ablaufenden Budgetjahr.

Im übrigen zeige die Zahl der durch die Gemeinde Wien erworbenen Grundstücke, die Unrichtigkeit der Behauptung, daß nur ein Bodenbeschaffungsgesetz das "Allheilmittel" sei. Durch eine Bodenreform treffe man nicht nur Bodenspekulanten sondern auch Kleingärtner, Siedler und Eigentumshausbesitzer, deren Interessen auch zu berücksichtigen seien.

Die Anlegung eines Liegenschaftskatasters begrüße der ÖVP-Redner. Er sprach auch anerkennende Worte über die Leistungen der Feuerwehr, bei deren ständiger Einsatzbereitschaft seien Vorwürfe, die über Leerlauf sprechen, unzutreffend.

GR. Outolny (SPÖ) erklärte, wir könnten Stolz auf die Bedeutung Wiens als internationale Kongreßstadt sein. So wird Wien im kommenden Jahr Tagungsort der internationalen Gemeinschaft sein, eine der größten Organisationen der Städte, und wir bemühen uns, in Wien den Amtssitz internationaler Organisationen zu haben. Diese internationale Bedeutung spiegle sich natürlich aber auch in den Ansätzen für Empfänge und Feierlichkeiten.

Zur Kritik am Presse- und Informationsdienst: Man könne nicht auf der einen Seite immer mehr Transparenz verlangen, auf der anderen aber eine Einrichtung, die zu dieser Transparenz beiträgt, derart kritisieren. Information sei Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens und jeder Bürger habe Anspruch auf sie. Der PID leiste aber außer seiner umfangreichen Publikationstätigkeit wertvolle Bildungsarbeit, wie zum Beispiel das Kommunalpolitische Seminar, die Rundfahrten "Neues Wien" usw.

Die Stadt sei sich auch der Bedeutung der Kleingärten voll bewußt. Sie sind von der seinerzeitigen Form der Nutzgärten nunmehr zu Ziergärten geworden. Diese Strukturwandlung führt immer mehr zur Schaffung von Kleingartenparks und damit zum Erholungsgebiet für alle. Durch verschiedene notwendige städtebauliche Maßnahmen komme es fallweise gezwungenermaßen zu Absiedlungen. Das sei im Interesse der Allgemeinheit aber leider nicht zu vermeiden.

Das Grunderwerbs- und Liegenschaftswesen sei ein bedeutendes Kapitel dieser Gruppe. Es sei interessant festzustellen, daß bei Verwirklichung großer Vorhaben heute - dank der guten Finanzpolitik - nicht das Geld die Hauptsache sei, sondern die nötige Grundfläche. Wir fordern bessere Wohnungen, mehr Schulen, mehr Einkaufszentren, mehr Straßen, Spitäler, usw. Wo finden wir aber Platz für all diese Dinge? Bei den Grundankäufen zeige sich ein deutliches Mißverhältnis zwischen jenen Flächen, die am Stadtrand angekauft werden können und jenen in den Innenbezirken. Es komme daher den Assanierungsgebieten immer größere Bedeutung zu.

Der Ansicht von Stadtrat Dr. Schaumayer könne er sich nicht anschließen, daß die Privatinitiative auf dem Sektor der Assanierung bereits einen größeren Beitrag leiste. Assaniert wird vor allem dort, wo die Stadt Wien nach langjährigen Verhandlungen die abbruchreifen Objekte erwerben und abreißen konnte. Leider werden private Objekte vielfach bewußt dem Verfall preisgegeben, um eine Unwirtschaftlichkeit herbeizuführen. Die Mieter müssen dann auf Kosten der Stadt Wien neue Wohnungen erhalten und mit den alten unbrauchbaren Objekten werden Spekulationsgewinne erzielt. Dem von der jetzigen Bundesregierung ausgearbeiteten Entwurf eines Assanierungsgesetzes komme daher große Bedeutung zu. Sicherlich weise der Entwurf einige Mängel auf. ./.

Die könnten jedoch nur durch geänderte Verfassungsbestimmungen, dazu wäre auch die Zustimmung der anderen Parteien notwendig, verbessert werden. Die Volkspartei müßte endlich ihre Auffassungen ändern und die Anforderungen der Zeit erkennen. Wie ungünstig sich das Fehlen entsprechender Gesetze bisher auswirke, haben viele langwierige Grundverhandlungen gezeigt. Hier sei an den Ankauf von Grundflächen im Bisamberg, in Kaltenleutgeben, an der Linken Wienzeile usw. erinnert. Das jüngste Beispiel sei die Lobkowitzbrücke, wo es nicht möglich ist, ein Gemeinschaftszentrum und eine Hochgarage zu errichten, weil ein einzelner Hausbesitzer eine dreifache Ablöse verlangt. Die Assanierungsbemühungen im 15. Bezirk haben sich auf mehr als 20 Jahre erstreckt.

StR. Hintschig verwies im Schlußwort darauf, daß der Staat und die Gemeinde auf Informations- und Pressearbeit nicht verzichten können, schon gar nicht in unserer Zeit, die das Leitbild des mündigen Bürgers hat. Die Weckung des Interesses an der politischen Information und die Vertiefung dieser Information ist für die Demokratie äußerst wichtig. Die Stadt ist heute keine Obrigkeit mehr, sondern ein national und international konkurrierendes Unternehmen mit gewaltig gestiegenen Dienstleistungen. Es geht um das Gesamtimage der Stadt. Das gilt auch für die kritisierten Repräsentationskosten. Sie sind für nächstes Jahr höher angesetzt, weil im Mai der Internationale Gemeinwirtschaftskongreß im Rathaus stattfindet. Wenn wir mehr internationale Organisationen und Kongresse in Wien haben wollen, dann müssen wir auch die Erhöhung der Repräsentationskosten akzeptieren. Das ist noch der geringste Teil der Aufwendungen Wiens zur Erhaltung seiner internationalen Position als Zentrum im Donaauraum.

Stadtverfassung: Seit dem Vorjahr gibt es einen Diskussionsentwurf für eine **Neufassung** der Stadtverfassung. Die Arbeiten können jedoch nicht abgeschlossen werden, weil eine Novelle zur Bundesverfassung in Ausarbeitung ist, die berücksichtigt werden muß.

Meingärten: Es ist selbstverständlich, daß sich die von Absiedlungen Betroffenen sehr mit dieser Frage beschäftigen. Darüber hinaus gibt es aber auch welche, die, besonders vor Wahlen, ihr politisches Süppchen damit kochen wollen.

Ihnen ist der Grund für eine Absiedlung ganz egal, ob die Fläche nun für ein Wohnhaus oder eine Schule benötigt wird. Da wird die für Wien wichtige Ansiedlung eines Betriebes zur "Verschacherung von Kleingärten an das Auslandkapital" und der Bau einer seit vielen Jahren von Wien angestrebten Autobahntrasse plötzlich zur "Fehlplanung" gemacht. Niemand glaubt doch im Ernst, daß auch nur eine Parzelle willkürlich geräumt wird. Die Stadt tut zugunsten der Betroffenen alles nur mögliche, sowohl bei den Ablösen als auch bei der Beschaffung von Ersatzgründen. Es gibt sechs Millionen Quadratmeter Kleingartenflächen in Wien und das neue Konzept garantiert für vorerst zehn Jahre, daß diese Gesamtfläche nicht nur erhalten, sondern noch vergrößert wird.

Stadtrandsiedlungen im 21. und 22. Bezirk: Es geht um eine Fläche von 1,2 Millionen Quadratmeter, für die von der Stadt bisher ein Pachtzins von 10 Groschen pro Quadratmeter und Jahr eingehoben wurde. Nun wurde dieser Pachtzins auf 50 Groschen angehoben. Das sind zwar, wie es heißt, 500 Prozent Erhöhung - aber der Betrag ist noch immer so niedrig, daß wohl jeder gerne einen Siedlungsgrund um diesen Betrag pachten würde. Der Betrag wurde einvernehmlich mit den Vertretern der Siedler festgelegt. Einige Siedler haben diese Vertreter nicht anerkannt. Diese Siedler bekommen Baurechtsverträge, wobei der Wert des Grundes mit 150 Schilling pro Quadratmeter äußerst niedrig angesetzt wurde. Der Baurechtszins beträgt demnach 4 Schilling pro Quadratmeter und Jahr. Das ist praktisch ein Geschenk an einige wenige. Die vorgenommene Erhöhung war unbedingt nötig, weil die Stadt schließlich das Geld und das Eigentum der Bürger ordentlich zu verwalten hat.

Feuerwehr: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen muß man auf Baustellen mit Unfällen rechnen. Die Feuerwehr wurde dafür mit allem erforderlichen Gerät ausgerüstet. Vielleicht wird es auch möglich sein, ihr den mit Recht gewünschten, aber leider sehr teuren Teleskop-Kran zu kaufen. Über eine eigene Funkebene für Katastrophenfälle werden Verhandlungen mit dem Bund geführt.

Die weitere Rationalisierung und Modernisierung der Verwaltung, vor allem die Ausdehnung des EDV-Bereiches, werden noch viele Änderungen der Geschäftsteilung



notwendig machen, schloß StR. Hintschig. Das erfordert die Mitarbeit und das Verständnis aller Bediensteten, aber auch aller Mandatäre.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.  
Der DFP-Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

UNIDO über Standort Wien:

"Wir hätten es nicht besser treffen können"

=====

Wien, 15.12. (RK) Mit Weihnachtsliedern in vier Sprachen stellte sich Mittwoch der 14köpfige Chor der UNIDO bei Bürgermeister Felix Slavik ein. Nach dem Ständchen im Roten Salon des Rathauses erklärte UNIDO-Direktor John Birkhead, er danke nicht nur im Namen des Stabs der UNIDO dem Bürgermeister für vielfach bewiesene Gastfreundschaft, sondern habe auch namens der ganzen Organisation für industrielle Entwicklung zu sprechen: Die UNIDO sei begeistert von ihrem Standort in Wien, die Organisation hätte es nirgends besser treffen können.

Bürgermeister Felix Slavik dankte dem Chor für die Darbietung und würdigte die "großartigen Leistungen", die die UNIDO seit ihrer Schaffung bereits in den Entwicklungsländern vollbracht habe. Für Wien und seine internationale Bedeutung sei der hiesige Standort der UNIDO von großer Wichtigkeit.

Zum Abschluß überreichte der Bürgermeister jedem Mitglied des Chors eine Wien-Medaille.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Donnerstag, Hochbaustadtrat Hubert Pfösch die neue Hermann-Sauna im 7. Bezirk im Rahmen einer Presseführung vorstellen wird. Es handelt sich um die erste Ausstattung eines Volksbades mit einer Saunaabteilung.

Bitte merken Sie vor:

Zeit: Donnerstag, 16. Dezember, 10.30 Uhr.

Ort: Hermann-Sauna, 7, Hermannsgasse 28, Erdgeschoß, Vestibül.

- - -

Änderung bei Silvesterfeier im Pensionistenklub  
=====

Wien, 15.12. (RK) Die Anmeldungen zu der Silvesterfeier im Pensionistenklub, 6, Wallgasse 4, sind so zahlreich, daß sich die Räume dieses Klubs als zu klein erweisen. Die Silvesterfeier wurde daher in die Grabnergasse 11-13 verlegt.

- - -

preisgünstige gemuese- und obstsorten

5 wien, 15.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisgünstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, aepfel (wirtschaftsobst) 5 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen, griechische, 7 schilling, orangen, blond, 5 bis 5.50 schilling je kilogramm.

1055

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wohnungsdebatte

=====

Wien, 15.12. (RK) Um den Wohnbau und die Wohnungsvergabe sei es in Wien sehr schlecht bestellt, behauptete GR. Wölger (DFP). Seiner Meinung nach dürfte es überhaupt keine Notstandsfälle auf dem Wohnbausektor mehr geben. Die Praktiken bei der Wohnungsvergabe seien daran schuld, wenn Leute noch immer jahrelang in unzumutbaren Quartieren hausen müssen. Die Wohnungsvergabe erfolge noch immer nach den Gesichtspunkten der Wahlgeometrie - und auch die ÖVP partizipiere daran. Die Geduld der Bevölkerung sei nicht ohne Grenzen, meinte der Redner. (GR. Dinhof (SPÖ): Auf jeden Fall nicht bei Ihnen!)

Wölger schloß mit der Befürchtung, die Gemeindewohnungen könnten wie viele Privatwohnungen unerschwinglich werden.

Dr. Wolfram (FPÖ) erklärt, daß das Wohnungsproblem in Wien noch lange einen bedeutenden Platz einnehmen werde, da sich die Wohnverhältnisse nur langsam verbesserten. In diesem Zusammenhang fragte Wolfram, ob man sich denn schon Vorstellungen darüber gemacht habe, wie die 64.000 Altgemeindewohnungen saniert werden sollen. Bei den Wäschereien bemängelt der Redner, das Sinken sowohl der Einnahmen wie auch der Ausgaben und meinte, die Wäschereien arbeiteten offenbar zu teuer, da ansonsten Spitäler nicht Privatfirmen heranziehen würden.

Ausführlich beschäftigte sich Wolfram mit der Praxis bei der Vergabe von Zuschüssen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und zitiert dabei seinen eigenen Fall: bis der Zuschuß genehmigt werde, müsse ein zermürendender Papierkrieg geführt werden, es seien mehrere Abteilungen des Magistrates zuständig und nach unerfindlichen Richtlinien würden zudem Kürzungen in den Vorschlägen der Professionisten zu einem Zeitpunkt vorgenommen, zu dem die Arbeit schon begonnen habe. Er regte an, daß der Magistrat direkt mit den Firmen abrechnen sollte. Die Praxis jedenfalls führe dazu, daß viele Interessenten das Rennen aufgeben und die Gemeinde Wien Nutznießer werde. Dies sei jedoch eine Zweckentfremdung des Gesetzes.

Ausführlich beschäftigt sich Wolfram sodann mit dem Problem der Wohnungsvergabe und meinte, die Altgemeindewohnungen seien zu Erbwohnungen geworden und stellten in den inneren Bezirken noch immer Hochburgen der SPÖ dar. Man sollte jedoch gerade die Altgemeindewohnungen jenen Wohnungsbedürftigen geben, die sich eine Neubauwohnung nicht leisten könnten, weil sie weder den Baukostenzuschuß noch die monatliche Mietbelastung aufbringen könnten. Seiner Meinung nach müßte man auch bei der Vergabe von Gemeindewohnungen mehr Vertreter verschiedener Mangelberufe berücksichtigen. Obwohl der Wert einer Gemeindewohnung einige hunderttausend Schilling ausmache, erfolge die Vergabe ohne öffentliche Kontrolle. Im Gegensatz dazu müßte der Gemeinderat seine Zustimmung etwa zum Verkauf einiger Festmeter Holz geben.

GR. Leinkauf (ÖVP) stellte fest, daß sich die Vergabe neuer Wohnungen per Computer bewährt habe. Wie aber erfolgt die Vergabe der Altwohnungen in Gemeindebauten? **Diese** sollten primär alten Menschen mit geringerem Einkommen vorbehalten sein.

Der Redner übte Kritik an gewissen architektonischen Lösungen, zum Beispiel bei den C-Typen. Die Mieter sollten bei der Ausstattung der Wohnungen, etwa bei der Anbringung von Armaturen und dergleichen, mehr Mitspracherecht haben. Daß die Küche nicht direkt, sondern nur durch ein Zimmer erreichbar ist, sei tadelnswert. Der Redner übte auch Kritik an der infrastrukturellen Versorgung der neuen Wohnzentren und hinsichtlich des Lärmschutzes bei Kommunalwohnungen. Schließlich fand er es nicht in Ordnung, daß die Firma Intercommerz den Mietern für die Wohnungsausstattung "aufgedrängt" werde.

GR. Joachim Müller (DFP) bedauert, daß trotz der Mitteilung von Stadtrat Suttner, - sie erfolgte in Beantwortung einer DFP-Anfrage - neuerlich ein belegter Fall bekannt wurde, daß ein Mieter zur Übernahme einer teilweise möblierten Wohnung veranlaßt werden sollte. Der Fall war sogar im Fernsehen. Der Betroffene hat nach Ablehnung der teilweise möblierten Wohnung bisher keine andere zugewiesen erhalten. Bei einer Vorsprache im Wohnungsamt wurden ihm dann noch Ratschläge gegeben, die eines Beamten unwürdig seien. Wie

komme aber jemand dazu, daß er seine Möbel in der neuen Wohnung nicht verwenden kann, weil er um 18.000 Schilling die von der Firma Intercommerz eingebauten kaufen muß? Hier wäre Aufklärung nötig.

Auf den großen Bestand an alten, unzulänglichen Wohnungen verwies GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP): Ein Drittel der Wiener Wohnungen hat kein eigenes WC und teilweise auch kein Wasser innerhalb der Wohnung. Es gibt aber auch alte Häuser mit hohem Wohnwert, deren Ersetzung durch Neubauten unwirtschaftlich wäre. (GR. Windisch (SPÖ): Das will doch niemand. Mayr: Umso überraschender, daß die SPÖ ursprünglich Einwände gegen das Wohnungsverbesserungsgesetz hatte. Windisch: Die bestehen noch immer.)

Dr. Mayr verwies auf die SPÖ-Initiative, für Zinserhöhungen nach dem Paragraph 7 einen Plafonds festzusetzen. Dadurch würden verschiedene Kriterien bei der Festsetzung der Zinserhöhung ausgeschaltet, zum Beispiel das Verhältnis zwischen den Kosten einer Reparatur und einer Neuverbauung.

Die Notwendigkeit eines Assanierungsgesetzes werde von allen anerkannt, doch verhindere die Polemik darum eine sachliche Arbeit daran. Im Mittelpunkt der Überlegungen muß der Mensch stehen, der im Assanierungsgebiet wohnt oder seinen Betrieb hat. Er braucht eine begleitende Betreuung während des ganzen Assanierungsverfahrens.

Bei der Diskussion über die Finanzierung der Assanierung muß berücksichtigt werden, daß es unrentierliche Kosten - für Planung, Umsiedlungen, Härteausgleiche usw. - und rentierliche Kosten gibt, die von den künftigen Benützern hereingebracht werden können. Die unrentierlichen Kosten müßte auf jeden Fall die öffentliche Hand tragen. Auch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Bodengenossenschaften könnten nur realisiert werden, wenn die öffentliche Hand die unrentierlichen Kosten übernimmt. Das vorgesehene Vorrecht der gemeinnützigen Bauvereinigungen müßte überprüft werden, da diese beim Bau von Geschäften und Werkstätten stark behindert sind. Hier müßten auch andere Assanierungsträger herangezogen werden. ./.

Ernsthaft müßte geprüft werden, ob Enteignungsbestimmungen wirklich nötig sind. Jedenfalls muß ein objektives Enteignungsverfahren mit Chancengleichheit gesichert werden und die Entschädigung muß so festgelegt werden, daß sie den Betroffenen zwar nicht reicher, aber auch nicht ärmer als vorher macht.

Es gibt in Wien einen Fahlbestand an Wohnungen mit drei Wohnräumen. Deshalb ist es erfreulich, daß seit einiger Zeit beim kommunalen Wohnbau die C-Typen besonders berücksichtigt werden.

Dr. Mayr verlangte Auskunft darüber, warum es bei den Ansätzen für die Wohnbauförderung zwischen Bundes- und Gemeindebudget eine Differenz von etwa 100 Millionen Schilling gebe. Die Richtsätze der Wohnbauförderung sollten laufend der Entwicklung angepaßt, das Schwergewicht müßte auf die Familienförderung gelegt und die ständige Information über Mietzins- und Wohnbeihilfen verstärkt werden.

Abschließend betonte Dr. Mayr, es gehe um eine menschliche Stadt, in der die Menschen nicht nur existieren, sondern sich wohlfühlen.

GR. Czettel (SPÖ) begann mit Kritik an der Kritik. Sich insbesondere an die Adresse des FPÖ-Vorredners Prof. Wolfram wendend meinte er, man solle doch endlich beim Thema Wohnungsvergabe den Ballast von vorgefaßten Meinungen über Bord werfen. Die Vergabe erfolge nach genau festgesetzten Richtlinien durch den Computer. Er appellierte an die Kritiker, doch die Bemühungen um eine bestmögliche Form der Vergabe bei Wohnungen anzuerkennen.

Hauptthema seines Debattenbeitrages waren die Verbesserungen, die die Stadtverwaltung vor allem in Altwohnungen vornimmt. Mit der Aufzählung jener Geldbeträge, die für den nachträglichen Einbau von Aufzügen, Verstärkung der Steigleitungen Modernisierung der Waschküchen und ähnliches mehr ausgegeben werden, untermauerte er seine Feststellung, auf diesem Gebiet würde sehr viel getan. Natürlich seien manchen Bemühungen Grenzen gesetzt. Beispielsweise bei den Aufzügen. Diese Grenzen würden im konkreten Fall durch die Kapazität der Wiener Aufzugsfirmen gesetzt, die vollausgelastet sind und einem vielleicht möglichen, schnelleren Einbau gar nicht nachkommen könnten.

Wie schon Stadtrat Suttner in seinem Referat, wies Czettel neuerlich auf das sehr umfangreiche Konzept des Umbaus bestehender Zentralwaschküchen in moderne, vollautomatische Einzelwaschküchen hin. Dieser Umbauplan soll in drei Etappen erfolgen und wird insgesamt rund 80 Millionen Schilling kosten. Die Stadtverwaltung trage der dringenden Notwendigkeit einer Verbesserung der Versorgungseinrichtungen jedenfalls, soweit es in ihren Kräften stehe, Rechnung.

In seinem Schlußwort befaßte sich Wohnungsstadtrat Suttner zunächst mit der DFP-Kritik: Es lohne sich nicht, auf diese Vorwürfe einzugehen, da sie durch die Statistik eindeutig entkräftet sind.

Die wichtigsten Fragen der FPÖ-Kritik beantwortete der Stadtrat dann im Detail:

Wohnungszusammenlegungen: Dort, wo der Wunsch geäußert wird, wird dies gemacht, ein Zwang könne jedoch nicht ausgeübt werden. Daß die rund 60.000 kommunalen Wohnungen der Zwischenkriegszeit zu 30.000 mit Bad ausgestatteten Wohnungen generell zusammengelegt werden, bleibe daher leider Theorie.

Städtische Wäscherien: Da die Magistratsabteilung 17 noch Verträge mit verschiedenen privaten Wäscherien einzuhalten habe, seien hier keine höheren Ansätze enthalten.

Wohnbauförderung: Die höheren Ansätze entsprechen derzeit lediglich der Abgeltung der Kostenerhöhungen. Von den im Regierungsprogramm enthaltenen Initiativen erwarte man sich eine Ausweitung der Kapazität.

Stadtrat Suttner plädierte unter Hinweis auf den derzeit laufenden "Prozeß Inderin" für eine strenge Prüftätigkeit der zuständigen Magistratsabteilung.

Wohnungsverbesserungsgesetz: Auch die derzeitige Form sei noch nicht als vollkommen zu bezeichnen, meinte Stadtrat Suttner. Es fehle das Antragsrecht der Mieter, das auch einen Schutz der Mieter inkludieren müsse (Zwischenruf Stadträtin Dr. Schaumayer: "Wir sind uns einig").

Wohnungskosten: Statistische Vergleiche zeigen, daß Wien die niedrigsten Wohnungsmieten in Österreich habe. Im übrigen biete die Bundeshauptstadt auf dem Wohnungssektor Vergünstigungen, die mit keiner europäischen Stadt vergleichbar sind.



Altwohnungen: Soweit möglich, werden sie älteren Mitbürgern zugewiesen. Bei Übersiedlungen trachte man danach, die Transferierung in nicht zu weit entfernte Bezirke vorzunehmen.

Wohnungsgrundrisse: Dies sei immer eine Frage des Geschmacks, auch sei man hier jederzeit offen für Experimente. Im übrigen werden durch Befragungen der Mieter immer wieder deren Wünsche festgestellt.

Vorvergaben: Diese hätten sich als großer Vorteil für die künftigen Mieter erwiesen, da sie sich in Ruhe einen Finanzierungsplan zurechtlegen können. Auf Sonderwünsche hinsichtlich der Ausstattung, bei denen sich die Mieter finanziell oftmals "verbluten", einzugehen, sei nicht empfehlenswert.

Infrastruktur: Die Frage des "Konsum"-Monopols sei nicht mehr aktuell, da keine Geschäftslokale durch die Gemeinde Wien gebaut werden. Es wäre freilich begrüßenswert, wenn sich in den Neubaugebieten mehr Handwerker niederließen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Möbelausstattung befaßte sich Stadtrat Suttner ausführlich mit dem Fall Krejci, eines Gemeindemieters, der in einer Fernsehsendung heftige Kritik geübt hat. Grundsätzlich nannte Stadtrat Suttner diese Art der einseitigen Darstellung, bei der der Angegriffene keine Gelegenheit zur Verteidigung habe, eine Gefahr für die Demokratie. Krejci hatte nach nur elfmonatiger Wartezeit eine Wohnung mit Möbeln in der Großfeldsiedlung zugewiesen bekommen. Da er aber eine Wohnung ohne Möbel wollte, konnte ihm diese erst nach Fertigstellung des nächsten Bauteils, erst sechs Monate später - im Dezember dieses Jahres - zugewiesen werden. Da Krejci zur Zeit seines Fernsehauftritts bereits von dieser Zuweisung wußte, sei diese Art der Berichterstattung als reine Sensationsmacherei zu bezeichnen, erklärte Stadtrat Suttner.

Firma Intercommerz: Es habe bisher keinerlei Grund zur Beanstandung gegeben: Wegen der fixen Vorvergabe der Wohnungen, sei diese in der Lage, die Möbel, die im übrigen von Privatbetrieben hergestellt werden, konkurrenzlos preiswert anzubieten. Niemand sei jedoch genötigt, eine Wohnung mit Möbeln zu nehmen, eine Ablehnung könne bloß zu gewissen Verzögerungen in der Zuweisung führen.

Die soziale Gesinnung der Stadt Wien als Hausherr zeige sich vor allem in der unterschiedlichen Ausnutzung des Wohnungs-

verbesserungsgesetzes, hob dann Stadtrat Suttner hervor. Während private Hausbesitzer vor allem die eigenen Wohnungen mit den Mitteln finanzieren, stelle die Stadt Wien den Ausbau und die Modernisierung der Gemeinschaftseinrichtungen, wie Aufzüge, Verstärkung der Stromzuführungen usw. in den Vordergrund. Im übrigen lasse Wien dem Förderungswerber weitgehend freie Hand bei der Wahl der Rechtsform. Die geringe Zahl der beanstandeten Fälle - lediglich zwei im Rahmen der Wohnbau-debatte - spreche für die hervorragende Arbeit des Wohnungsamtes.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Budgetdebatte wird morgen, Donnerstag, mit den Kapiteln Wirtschaftsangelegenheiten (Stadtrat Otto Pelzelmayr) und Verschiedene Rechtsangelegenheiten (Stadtrat Dr. Hannes Krasser) im Anschluß an die Landtagssitzung fortgesetzt. Die Landtagssitzung beginnt um 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die 6. Novelle zur Besoldungsordnung 1967.

Der Entwurf über den Kulturschilling wird voraussichtlich erst im Jahr 1972 beraten werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

## Frau stürzte von Straßenbahn

=====

Wien, 15.12. (RK) Vermutlich infolge eines plötzlichen Unwohlseins stürzte Mittwoch um 8.50 Uhr die 68jährige Theresia Schienreich, 16, Hasnerstraße 107, von der vordersten Plattform eines durch die Blindengasse fahrenden Zuges der Straßenbahnlinie 5. Sie fiel auf einen geparkten Pkw und dann zurück gegen die Straßenbahn. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde die Frau in die 1. Unfallstation gebracht. Der Straßenbahnverkehr war 21 Minuten lang unterbrochen.

- - -

grosses silbernes ehrenzeichen fuer prof. grzywienski

20 wien, 15.12. (rk) im roten salon des wiener rathauses ueberreichte mittwoch landeshauptmann felix s l a v i k das grosse silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien an dipl.ing. dr. anton g r z y w i e n s k i , den seit kurzem emeritierten ordinarius fuer wasserbau an der technischen hochschule wien. slavik wuerdigte besonders die verdienste des hervorragenden gelehrten um das projekt der stadt wien fuer den totalen hochwasserschutz. sein gutachten habe die technische ausfuehrbarkeit dieses projektes unwiderruflich bestaetigt.

prof. grzywienski dankte fuer die hohe ehrung durch das land wien und erklaerte, die realisierung des hochwasserschutzprojektes werde das ganze stadtbild veraendern - genauso wie die donau-regulierung vor einem jahrhundert. nach der fertigstellung werde wien zu den am besten gegen hochwasser gesicherten grosstaedten der welt gehoeren.

an der ueberreichung des ehrenzeichens nahmen landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r , stadtrat kurt h e l l e r , stadtbaudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r sowie zahlreiche repraesentanten des akademischen lebens teil.

## preise aus dem adolf schaerf-fonds verliehen

21 wien, 15.12. (rk) mittwoch wurden zum 11. mal die foerderungsbeitraege aus dem von der zentralsparkasse der gemeinde wien errichteten 'dr. adolf schaerf-fonds' zur foerderung der wissenschaften' verliehen. bei der auszeichnung der zwoelf wissenschaftler, denen ein gesamtbetrag von 250.000 schilling zur verfuegung gestellt wurde, erklarte generaldirektor dr. karl m a n t l e r , der fonds habe in diesem jahr in seiner aktivitaet eine bewusste hinwendung zur problematik des umweltschutzes vorgenommen. dementsprechend hielt auch ein einschlaegiger fachmann den festvortrag, und zwar hofrat dr. friedrich p e t u e l y zum thema 'umweltschutz - ein anliegen der obrigkeit oder ein anliegen aller?'

folgende wissenschaftler erhielten foerderungsbeitraege:

dr. hans a b e l e , dr. hans g o e b l , dr. marianne h a m b o e c k , dipl.-ing. wilhelm k a i n r a t h , dr. gerhard k a p n e r , dr. stefanie k u p k a , dr. hermann n e u - g e b a u e r , dr. hartmann s c h e i b l e c h n e r , dr. hermann s t e i n i n g e r , dr. helmut u i b e r r a k , dr. willibald u n d t und prof. g e o r g w e i n h e n g s t .

## die besten plakate des jahres 1970

22 wien, 15.12. (rk) in einer kleinen ausstellung praesentiert das kulturamt der stadt wien in seinem ausstellungsraum, 8, friedrich schmidt-platz 5, die besten wiener plakate, die im rahmen der plakatwertungsaktion 1970 praemiirt worden sind. die ausstellung ist bis 14. jaenner 1972 von montag bis freitag von 10 bis 16 uhr geoeffnet. am 24. und am 31. dezember ist sie nur von 10 bis 12 uhr zugaenglich.

unter den 25 ausgestellten plakaten befindet sich auch das von der stadt wien in auftrag gegebene plakat "gemma bodn". es zaehlt zu den drei besten des jahres 1970.

die im jahre 1951 ins leben gerufene plakatwertungsaktion wird alljaehrlich durchgefuehrt und dient der foerderung der kuenstlerisch-graphischen gestaltung der wiener plakate. ein von der stadt wien bestelltes wertungskollegium tritt vierteljaehrlich zusammen und waehlt mindestens zwei und hoechstens acht plakate als die besten des vierteljahres aus. von den im verlauf eines jahres ausgezeichneten plakaten werden von der jury schliesslich die drei besten des jahres ermittelt.